

Planetare Gesundheit

Von Vivian Frick



Biodiversität, Klimaschutz, saubere Luft, Wasser und Böden sind unersetzbare Prämissen für die globale Gesundheit. Dabei sind Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen voneinander abhängig und eng verflochten. Zu diesen Erkenntnissen gelangen Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Gesundheitsforschung gleichermaßen. Konzepte wie Planetary Health, One Health oder EcoHealth beschreiben diese Zusammenhänge und integrieren Perspektiven verschiedener gesellschaftlicher Akteure und wissenschaftlicher Disziplinen (Talukder et al. 2024).

Die Transformation stockt

Politisch wurde die elementare Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz für die menschliche Gesundheit in den vergangenen Jahren stärker verankert. Aufbauend auf der Konzeptionalisierung unter der EU-Präsidentschaft Finnlands 2006 verfasste etwa die WHO 2013 mit dem „Helsinki Statement on Health in All Policies“ ein politisches Rahmenwerk zur systematischen Integration von Gesundheit in alle Politikbereiche. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2023) sowie der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU 2023) veröffentlichten weitere wegweisende Gutachten für Deutschland. Sie unterstreichen die sozial ungleiche Verteilung massiver umweltbezogener Gesundheitsrisiken durch Luftschadstoffe, Chemikalien oder klimabedingte Hitze und fordern eine „ökosale Politik“, welche Gesundheits- und Umweltschutz als Querschnittsaufgabe begreift.

Wissenschaftlich fundierte politische Zielsetzungen sind damit gegeben. Die Transformation im Nachhaltigkeits- und Gesundheitsbereich scheitert jedoch häufig an ähnlichen ge-

sellschaftlichen und politischen Hürden. Die Transformationsforschung zeigt, dass es mit grünem Finetuning nicht getan ist: Erforderlich ist ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel, der auch Wirtschaft, Politik, Infrastruktur und kulturelle Leitbilder umfasst (z. B. Göpel 2016). Bestehende Machtverhältnisse, die Individualisierung von Verantwortung und der aktuelle Krisenmodus stellen dabei zentrale Herausforderungen dar.

Soziale und ökonomische Machtverhältnisse

Gesundheitsbelastungen sind sozial ungleich verteilt. Benachteiligte Gruppen, etwa sehr junge oder alte Menschen, Menschen mit körperlichen Behinderungen oder mit Migrationsgeschichte, aber auch Menschen im Globalen Süden leiden deutlich stärker unter Umweltbelastungen wie Hitze oder Luftverschmutzung.

Ein weiteres Ungleichgewicht besteht zwischen Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Automobil-, Agrar-, Energie- und Lebensmittelindustrie verfügen über starke Lobbys und prägen Klima- und Gesundheitsdebatten. Zivilgesellschaftliche Akteure können finanziell und logistisch selten mithalten und erhalten entsprechend weniger Gehör. Daran anknüpfend zeigt sich ein politisches Wirtschaftsprimat: Häufig dominieren Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit über ökologische und soziale Kriterien, sei es bei Agrarsubventionen, Energiepolitik oder Stadtplanung.

Individualisierung von Verantwortung

Vor dem Hintergrund bestehender Machtverhältnisse setzen Transformationsmaßnahmen im Bereich öffentlicher Gesundheit sowie im Umwelt- und Klimaschutz überproportional häufig bei individuellen Verhaltensänderungen an. Dieses Muster wird sowohl in der Nachhaltigkeits- als auch in der Gesundheitsforschung beschrieben. Grunwald (2010) bezeichnet mit „Privatisierung der Nachhaltigkeit“, Akenji (2016) mit „consumer scapegoatism“, dass strukturelle Veränderungen zugunsten individueller Konsumentscheidungen verdrängt werden. Analog beschreibt „Healthism“ die Tendenz, Gesundheit primär als moralisch aufgeladene Eigenleistung zu interpre-

tieren. Als „Lifestyle Drift“ wird schließlich das Abdriften politischer Programme von strukturellen Maßnahmen – etwa der Transformation von Ernährungssystemen – hin zu Verhaltensappellen bezeichnet (Halsall et al. 2024).

Dabei kann der trügerische Eindruck entstehen, besonders belastete soziale Gruppen könnten Gesundheits- und Umweltprobleme allein durch individuelle Lebensstiländerungen lösen. Dies legitimiert politische Untätigkeit und verschleiert strukturelle Ungleichheit. Politisch bequeme Appelle an ein „gesünderes“ oder „nachhaltigeres“ Verhalten rücken notwendige politische, wirtschaftliche und infrastrukturelle Veränderungen aus dem Blick.

Neuer Krisenmodus als zusätzliche Herausforderung

Die Nachhaltigkeitspolitik ist seit jeher von der Gefahr geprägt, dass kurzfristige politische Logiken langfristige Präventions- und Transformationsstrategien verhindern. Diese Dynamiken werden durch die sich in den letzten Jahren zuspitzende Polykrise verschärft. In ihr überlagern und verstärken sich Klimakrise, Biodiversitätsverlust, globale Gesundheitsrisiken, geopolitische Konflikte und inflationsgetriebene soziale Spannungen. Die politische und öffentliche Aufmerksamkeit pendelt zwischen diesen Krisen, wodurch langfristige Vorsorge zunehmend von kurzfristiger Problembewältigung verdrängt wird.

Auf diesem Nährboden gewinnen in Deutschland und global autoritäre Tendenzen und rechte politische Strömungen an Einfluss. Es erstarken Akteure, die ökologische und gesundheitspolitische Regulierungen delegitimieren, Klimaschutz, Gleichstellung oder Public-Health-Politik als „Elitenprojekte“ deklarieren und Misstrauen gegenüber Wissenschaft schüren. Dadurch geraten Transformationsprozesse hin zu mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz zusätzlich unter Druck.

Gemeinsam wirksam werden

Forschung und Politik aus Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz müssen enger zusammenarbeiten, um die planetare Gesundheit zu stärken. Gerade in Krisenzeiten besteht die Gefahr, dass sozial-ökologische Interessen gegeneinander ausgespielt werden, obwohl es keinen Gesundheitsschutz ohne Umweltschutz gibt. Selbst für die psychische Gesundheit ist ein intaktes Ökosystem von tragender Bedeutung, wie der Beitrag von **Tschorn et al.** verdeutlicht. Umweltbelastungen treffen benachteiligte Gruppen besonders stark, was **Karg et al.** anhand der Zusammenhänge von Umweltproblemen, Gesundheit und Lebensqualität zeigen. Ungleichheit muss daher als Kernfrage von Gesundheits- und Klimapolitik verstanden werden.

Strukturelle und politische Rahmenbedingungen müssen in den Vordergrund rücken und bestehende Machtverhältnisse kritisch hinterfragt werden, wie **Valerius et al.** am Beispiel der Mobilität verdeutlichen. Neben der Veränderung von Macht-

verhältnissen geht es auch darum, innerhalb bestehender ökonomischer Strukturen anzusetzen und ökosolutive Maßnahmen gezielt in Wert zu setzen, wie **Karzai et al.** am Beispiel Stadtgrün beschreiben.

Für all dies braucht es sektoren- und akteursübergreifende Bündnisse, die gemeinsame Interessen vertreten und fragmentierte Politik überwinden. Erste Ansätze zeigen sich in neuen Allianzen aus dem Gesundheitssektor, Zivilgesellschaft, sowie sozialen Organisationen, wie **Risius** und **Armas-Cardona** es am OneHealth-Prozess zeigen. **Sørensen** betont wiederum die Potenziale der Zusammenarbeit von Kommunen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Solche Bündnisse eröffnen neue Wege, die ökologische Grenzen mit sozialer Gerechtigkeit verbinden und planetare Gesundheit politisch und gesellschaftlich anschlussfähig machen.

Literatur

- Akenji, L. (2014): Consumer scapegoatism and limits to green consumerism. In: *Journal of Cleaner Production* 63: 13–23. DOI: 10.1016/j.jclepro.2013.05.022
- Göpel, M. (2016): *The great mindshift: How a new economic paradigm and sustainability transformations go hand in hand*. Berlin, Springer Nature.
- Grunwald, A. (2010): Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit – Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. In: *GAIA* 19/3: 178–182. DOI: 10.14512/gaia.19.3.6
- Halsall, T. et al. (2024): We cannot keep doing what we have always done and expect that things will be different: A scoping review of the lifestyle drift concept. DOI: 10.21203/rs.3.rs-4373279/v1
- Talukder, B. et al. (2024): Exploring the nexus: comparing and aligning Planetary Health, One Health, and EcoHealth. In: *Global Transitions* 6: 66–75. DOI: 10.1016/j.glt.2023.12.002
- WBGU (2023): *Gesund leben auf einer gesunden Erde*. Hauptgutachten. Berlin, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/gesundleben
- SRU (2023): *Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken*. Sondergutachten. Berlin, Sachverständigenrat für Umweltfragen. www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_06_SG_Umwelt_und_Gesundheit_zusammendenken.html

AUTORIN + KONTAKT

Dr. Vivian Frick ist Umweltpsychologin. Sie leitet die Umweltbewusstseinsstudie 2024 und 2026 und forscht am IÖW transdisziplinär zu planetarer Gesundheit, zivilgesellschaftlichem Engagement und sozial-ökologischer Transformation.



Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
GmbH, gemeinnützig, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
Tel.: +49 308 8459442, E-Mail: vivian.frick@ioew.de